



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/266 - 17.11.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039 890

Die KP darf im Saargebiet kandidieren ...	S. 1
De Gaulles Chancen fallen	S. 3
Zum Firmenwechsel des BHE	S. 5
CDU-Parole "Volkspartei" in Nordrhein-Westfalen	S. 6

Wahlkampf im Saargebiet hat begonnen

Von unserem ständigen Saar-Mitarbeiter

Der Wahlkampf zu den am 30. November im Saargebiet stattfindenden Landtagswahlen ist eröffnet. An den Plakatsäulen wurden fein säuberlich nebeneinander die Plakate der Parteien angebracht, die die Genehmigung zur Aufstellung von Kandidaten erhielten, weil sie sich bereiterklärt haben, den französischen Standpunkt in der Saarfrage zu unterstützen. Die CVP Hoffmanns und die SPS Kirns überboten sich in ihrer Propaganda gegenseitig mit Europa-Parolen, während die auf Intervention des Herrn Grandval zugelassene demokratische Volkspartei, die sich größtenteils aus dem Verband heimgekehrter Kriegsgefangener rekrutiert, in ihren Versammlungen und in ihren Veröffentlichungen von konstruktiver Opposition im Saar-Landtag spricht.

Nur die von Herrn Hoffmann ebenfalls zur Wahl zugelassenen Kommunisten erkennen die vom Parteiengesetz vorgeschriebene frankophile Einstellung nicht an und bezeichnen sich als die „einzige deutsche Partei“ an der Saar. Sie haben die Präambel der Saarverfassung - also die politische Trennung von Deutschland und den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich - nicht anerkannt, obwohl ihre russischen Auftraggeber heute mehr denn je dazu neigen, in ihrer Europapolitik die französische Karte zu spielen. Aber die taktischen Schachzüge der Kommunisten

sind vielgestaltig und deshalb erhielten die Saar-Kommunisten - ein verschwindendes Häuflein - wohl von höchster Stelle die Genehmigung, in Deutschland zu machen, um damit Wählerstimmen zu fangen.

Das wäre an sich nicht interessant, es wird erst bemerkenswert durch die Tatsache, daß der "christliche" Herr Hoffmann den Feinden der Demokratie gestattet, was er der echten demokratischen deutschen Opposition verboten hat, obwohl diese lediglich erklärte, sie wolle einzelne, als provisorisch gekennzeichnete Bestimmungen der Verfassungs-Präambel mit demokratischen Mitteln abändern und die mit Frankreich abgeschlossenen Saar-Konventionen aufkündigen. Herr Hoffmann hat zwar die KP nicht registriert, aber er hat auch keinen Wert darauf gelegt, daß das Verwaltungsgericht in Saarlouis eine endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der KP vor den Landtagswahlen trifft. Damit erhielten die Kommunisten die Möglichkeit, sich daran zu beteiligen, obwohl Hoffmann und seine Freunde die kommunistischen Abgeordneten sofort aus dem neugewählten Landtag aufgrund einer Bestimmung des Parteiengesetzes ausschließen können.

Der Grund für diese Kommunistenfreundlichkeit des Mannes, der bei jeder Gelegenheit erklärt, er wolle durch seine Saarpolitik mit-helfen, ein christliches und gegen die bolschewistische Gefahr gewappnetes Europa aufzubauen, ist darin zu suchen, daß er durch die KP die Stimmen derer, die gegen den gegenwärtigen undemokratischen Zustand an der Saar am 30. November protestieren werden, aufspli-tern will. Er weiß, daß die Kommunisten keine echte Gefahr für ihn sind und daß die auf sie entfallenden Stimmen bei der Auszählung auch für die deutsche Opposition ausscheiden. Obwohl nicht zu be-fürchten ist, daß auf diesen Trick viele Wähler hereinfallen, ist es bezeichnend für die Haltung der Separatisten an der Saar, daß sie den Kommunisten Freiheiten geben, die sie demokratischen Par-teien nur deshalb verweigern, weil sie das von ihnen geschaffene Protektoratssystem gemäß dem Willen der Bevölkerung abschaffen wollen.

Vielleicht denken die Amerikaner und die anderen demokrati-schen Nationen des Westens einmal darüber nach, welche Konsequenzen sich für die Demokratie schlechthin aus dieser Verhöhnung demokra-tischer Grundsätze im Saargebiet ergeben können. Systeme, wie sie von Herrn Hoffmann und seinen Freunden im Auftrage Frankreichs ge-schaffen werden, fürchten nichts mehr als die Gewährung der Frei-heit, weil sie wissen, daß die Bevölkerung sie dann hinwegfegen würde. Deshalb unterdrücken und schikanieren sie die deutsche Oppo-sition und zwingen sie, aus der Illegalität heraus einen Kampf für das Recht und für die Demokratie zu führen. Es bleibt zu hoffen, daß die Saarbevölkerung diesen Kampf durch die Art der Stimmabgabe - durchkreuzter Stimmzettel oder Fernbleiben von der Wahl - unter-stützt und daß sie damit einen weithin sichtbaren Erfolg erzielt, obwohl auch in diesem Wahlkampf Millionensummen für die einseitig französische Propaganda der Anschließparteien und für die Lösungen der KP ausgegeben werden.

Verfall einer Bewegung

G.S.-Paris, Mitte November

Im Jahre 1947 konnte man mit Recht annehmen, daß die gaullistische Bewegung, die bei den Gemeindewahlen fast 40 Prozent der Stimmen erhielt, an die Macht kommen und daß General de Gaulle wieder in das Büro zurückkehren werde, dessen Tür er ein Jahr vorher mit lautem Krach hinter sich zugeschlagen hatte, um... die "Sammelbewegung des französischen Volkes" zu gründen. Heute glaubt niemand mehr in Frankreich daran, daß der General jemals wieder die Geschicke Frankreichs leiten wird. Die "Sammelbewegung" befindet sich in einer Krise, die über kurz oder lang dazu führen wird, seine ehemals Hunderttausende von Mitgliedern zählende Organisation zu einer "gewöhnlichen" Partei, wenn nicht zu einer politischen Sekte zu machen.

Die vorläufige Bilanz der Krise der gaullistischen Bewegung ist folgende: 30 Abgeordnete der Nationalversammlung, fünf Senatoren und 20 Abgeordnete der Pariser Stadtverordnetenversammlung, in der de Gaulle über die absolute Mehrheit verfügte, haben der Bewegung des Generals den Rücken gekehrt. Weitere Rücktritte sind angekündigt; die Krise nimmt einen Massencharakter an.

Was ist geschehen? Welches sind die Gründe für eine Krise, die die politische Konstellation Frankreichs verändern wird?

Die Antwort liegt in einem Namen begründet: Pinay. Mit anderen Worten: Der Machtantritt des gegenwärtigen französischen Ministerpräsidenten, der zum ersten Mal in konkreter Form zum Ausdruck brachte, daß die Herrschaft der Linken in Frankreich beendet ist und daß das konservative Bürgertum in der Vierten Republik wieder die Zügel der Macht ergriffen hat, hat der gaullistischen Bewegung den Todesstoß versetzt. Warum? Zunächst deshalb, weil die gaullistische Bewegung sich zum großen Teil aus Mitgliedern des Bürgertums zusammensetzte oder zumindest von ihnen unterstützt wurde, und weil ein Teil des französischen Bürgertums hoffte, mit Hilfe de Gaulles wieder an die Macht zu kommen.

Diese Hoffnungen wurden von de Gaulle nicht erfüllt, weil der

ehrgeizige Mann allein an die Macht kommen und nicht mit dem "System" zusammenarbeiten will. Die Abgeordneten, die den General jetzt verlassen, sind durchweg Vertreter des konservativen Bürgertums, die erkannt haben, daß Pinay ihre Politik macht und daß es nicht angebracht sei, Frankreich in "Abenteuer" zu stürzen. Stellen diese Abgeordneten innerhalb der gaullistischen Parlamentsfraktionen auch eine Minderheit dar, so kann nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, daß sie die Mehrheit der früheren gaullistischen Wähler vertreten.

Welches sind die Kräfte, die weiter de Gaulle ihre Unterstützung geben? Zunächst militante Elemente der früheren Widerstandsbewegung, der Résistance, die mit einigem Mißvergnügen feststellen, daß all' jene, die mit Vichy zusammenarbeiteten (wie Ministerpräsident Pinay selbst) heute wieder an die Macht gelangt sind: Bei ihnen kommt die Sehnsucht nach einer Periode zum Ausdruck, die endgültig vorüber ist.

Weiterhin verfügt de Gaulle über die Unterstützung jener, die man als das "faschistische Element" bezeichnen könnte: Menschen, für die die "Sammelbewegung" von vornherein ein Mittel war, um mit Hilfe eines Staatsstreichs oder eines Putsches an die "Macht" zu gelangen und ein Regime im Stil Francos zu errichten. Diese Elemente, die eine zeitlang sogar zu "Stoßtrupps" zusammengefaßt wurden, haben die Hoffnung immer noch nicht aufgegeben und erblicken in der Intransigenz de Gaulles dem, wie er sagt, "System" gegenüber ein Unterpfand für zukünftige Abenteuer.

De Gaulle wurde vom Bürgertum im Stich gelassen; die Arbeiterschaft betrachtete ihn immer mit Mißtrauen. Hat de Gaulle die Absicht, mit den letzten Getreuen und den "Stoßtrupps" auf die "Krise" zu warten, die ihm erneut eine Chance geben könnte?

+ + +

Unter neuem Firmenschild der alte Geist

-ler. Das politische Leben der Bundesrepublik ist um einen neuen Namen bereichert worden. Der BHE (Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten) nennt sich seit einigen Tagen nunmehr Gesamtdeutscher Block; in dieser neuen Namensgebung kommt das Bestreben des BHE zum Ausdruck, über den Kreis seines bisherigen Wählerreservoirs hinaus in andere Schichten vorzustoßen. Daß diese Neuformulierung nach den Kommunalwahlen und ohne Befragung eines Parteitages erfolgte - nach guten demokratischen Gepflogenheiten hat über einen Namenswechsel die gesamte Mitgliedschaft zu entscheiden - spricht zwar für das erhöhte Selbstgefühl der BHE- nun GDB-Führung, läßt jedoch berechtigte Zweifel offen, ob die bisherigen BHE-Wähler mit dieser Neufirmierung auch einverstanden sein werden.

Auch unter neuem Namen bleibt der BHE, ein typisches Produkt der Nachkriegszeit, entstanden aus dem Mißbehagen und aus der Erbitterung von Millionen vertriebener Deutschen, eine Partei ohne politische Konzeption. Sie pendelt nicht nur zwischen Namen, sondern auch munter im politischen Bereich. Allen großen politischen Entscheidungen ist der BHE bisher ausgewichen. Eine Stunde vor der entscheidenden Abstimmung über den Schuman-Plan folgte seinerzeit ein telefonischer Anruf vom BHE-Vorsitzenden Kraft, der den BHE-Sprecher im Bundestag nötigte, entgegen allen vorher in der Öffentlichkeit getanen Äußerungen seine Stimme für den Schuman-Plan zu geben. Der Haltung des BHE ist es auch zuzuschreiben, daß das Lastenausgleichs-Gesetz, in dem die Vertriebenen das Ende ihrer Hoffnungen sehen, Gesetzeskraft erlangen konnte. Es war bei der Abstimmung im Bundesrat der BHE-Vertreter, der sich der Stimme enthielt und damit die Opposition gegen den Lastenausgleich in der derzeitigen Form zu Fall brachte, was wiederum nicht den BHE vor den Kommunalwahlen hinderte, mit allem demagogischen Geschütz gegen die Väter dieses Lastenausgleichs aufzufahren ...

Unter neuem Firmenschild wird die Zwiespältigkeit, die bisher charakteristisches Merkmal der BHE-Politik war, weiter bestehen. Zu einer politischen Partei gehören Grundsätze, an denen man nicht rütteln darf, soll dem Nihilismus und der Unsicherheit nicht Tür und

17. November 1952

Tor geöffnet werden. Der einzige Grundsatz, von dem der BHE (nun GDB) sich leiten läßt, ist der, unter allen Umständen und ohne Rücksicht auf Prinzipien zur Macht zu kommen. In Gifhorn kandidierte auf seinen Listen der frühere SA-Chef Schepmann. Seine Kandidatur erfolgte, weil sich der BHE dadurch einen gewaltigen Antrieb und die Gewinnung der Rechtsradikalen versprach. Die Schwierigkeiten, die die Deutsche Partei mit dem früheren Oberbürgermeister von Frankfurt a.M., Krebs, hatte und hat, sollte die BHE-Führung belehren, daß dem hemmungslosen Appell an den Rechtsradikalismus und an die frühere Nazi-Ideologie auch Grenzen gesetzt sind.

Ohne Zweifel ist mit diesem neuen Firmenschild eine Rechteradikalisierung dieser Partei verbunden. Man wird gut daran tun, ihre Entwicklung genau zu beachten, bevor ein unreparierbarer Schaden eintritt. Außerhalb der ausgesprochenen Flüchtlingsländer Niedersachsen, Bayern und Schleswig-Holstein kam der BHE überhaupt nicht zum Zuge. Allein dies zeigt, was geschehen muß, um einen Großteil der Vertriebenen davor zu bewahren, sich einer Partei anzuvertrauen, deren Profitlosigkeit und Kokettieren mit rechtsradikalen Gruppen und Gesinnungen sie zu dem unverlässlichsten politischen Faktor in der Bundesrepublik macht.

+ + +

CDU-Parole "Volkspartei" in Nordrhein-Westfalen

rw - Düsseldorf

Die CDU in Nordrhein-Westfalen hat schwere Tage hinter sich. Was von ihr befürchtet werden mußte, ist prompt eingetreten: Sie ist seit dem 9. November nicht mehr die stärkste Partei. Der Schlag ist freilich durch eine erstaunliche Aktivierung der ländlichen Wählerschaft - es gab in rein katholischen Landkreisen, wo bei den Kommunalwahlen 1948 noch nicht einmal oder nur knapp 50 Prozent gewählt hatten, diesmal Wahlbeteiligungen weit über 80 Prozent - noch einmal etwas gemildert worden. Die Städte haben schätzungsweise bis zu zehn Prozent weniger Wahlbeteiligung gehabt. Wenn bei der kommenden Bundestagswahl die Stadtbevölkerung - woran kaum ein Zweifel ist - mindestens so stark wählt, wie die Landkreise, dürfte selbst bei

gleichbleibendem politischem Willen der Bevölkerung ein SPD-Vorsprung erhöhten Ausmasses zu erwarten sein.

Die offiziellen CDU-Kreise von Rheinland und Westfalen versuchten zunächst am Tage nach der Wahl, den Ausgang zu bagatellisieren. Aber schließlich mußten sie sich errechnen, daß die CDU von dem starken Bevölkerungszuwachs in den Industriegebieten nichts abbekommen hatte. Zugewandert aber sind nicht Besitzende, gut verwurzelte, wirtschaftlich kräftig verankerte soziale Schichten, zugewandert ist kein Bürgertum und sind keine Unternehmer, sondern zugewandert ist das Volk in seiner breiten Arbeitsschichtung, sind Arbeiter und Angestellte aller Kategorien. Daher erscholl nach der Wahl plötzlich in der CDU von verschiedenen Seiten der Ruf: Wir haben vergessen, daß wir eine "Volkspartei" sind, daß wir die "Volkspartei" innerhalb der Koalition sind oder: Wir müssen unser Gesicht als Volkspartei wieder stärker profilieren.

Nun gehört zu so bemerkenswerter Besinnung wohl auch die Einsicht und das Bekenntnis, was bisher alles in dieser Richtung versäumt wurde. Darüber schweigen sich aber die neuen "Volksparteilern" in Nordrhein-Westfalen aus. Sie wagen es nicht, die Kritik offen darzulegen, die wahrscheinlich von nun an in den internen Parteiversammlungen, den Vorstandssitzungen und den intimen Verhandlungen der Parteiverantwortlichen laut werden wird. Was besagt der Hinweis auf den notwendigen "Volkspartei"-Charakter der CDU eigentlich? Doch nicht mehr und nicht weniger als dies: Weil die CDU keine Volkspartei ist, hat sie das Volk verloren. Das Bekenntnis zum Ahlener Programm war Täuschung, in einigen Fällen vielleicht nur Selbsttäuschung. Die Erfahrung entscheidet. Die CDU, die sich am Beginn ihrer Existenz als große Sammlungsbewegung "auf christlicher Grundlage" auführte, hat inzwischen ihre Beziehungslosigkeit zum Volk, zu den breiten Massen der Arbeiter und Angestellten, immer mehr bewiesen. Der Verdacht ist immer stärker geworden, daß diese Partei, in ihrem Auftrag bestätigt, all das erneut tun werde, was sie auch in der Meinung vieler ihrer eigenen Anhänger und verantwortlichen Funktionäre gegen den Charakter und die Verantwortung einer Volkspartei getan hat.

Eine Welle der Besinnung innerhalb der Wählerschaft ist nicht mit einem verspäteten Reuebekenntnis und Besserungsgelöbnis einfach auszugleichen. Die Entwicklung zwischen Kommunalwahlen und Bundestagswahlen wird das zeigen. Das rein ziffernmäßige Übergewicht der Sozialdemokraten mag einstweilen noch gering sein. Entscheidend ist die wachsende Stärke dieser Entwicklungstendenz bis zum Sommer nächsten Jahres.